

NACHRICHTEN

Digitale Unterschrift in USA gültig

WASHINGTON: In den USA ist die digitale Unterschrift künftig rechtsverbindlich. Damit können praktisch alle Geschäfte mit einer digitalen Unterschrift über das Internet besiegelt werden.

Irland: Misstrauensvotum überstanden

DUBLIN: In Irland hat die Mitte-Rechts-Koalition von Ministerpräsident Bertie Ahern am Freitag eine Misstrauensabstimmung überstanden. Die Minderheitsregierung von Aherns Partei Fianna Fail und den Fortschrittlichen Demokraten gewann das Votum mit 84 zu 80 Stimmen.

Bombenanschlag auf Bahngleise



BELFAST: In Nordirland ist am Freitag ein Bombenanschlag auf die Geleise der Bahnlinie von Belfast nach Dublin verübt worden. Dabei entstand geringer Schaden. Der nordirische Polizeichef Ronnie Flanagan verdächtigte republikanisch-katholische Extremisten, die Tat ausgeführt zu haben.

CDU verabschiedet sich aus Bonn

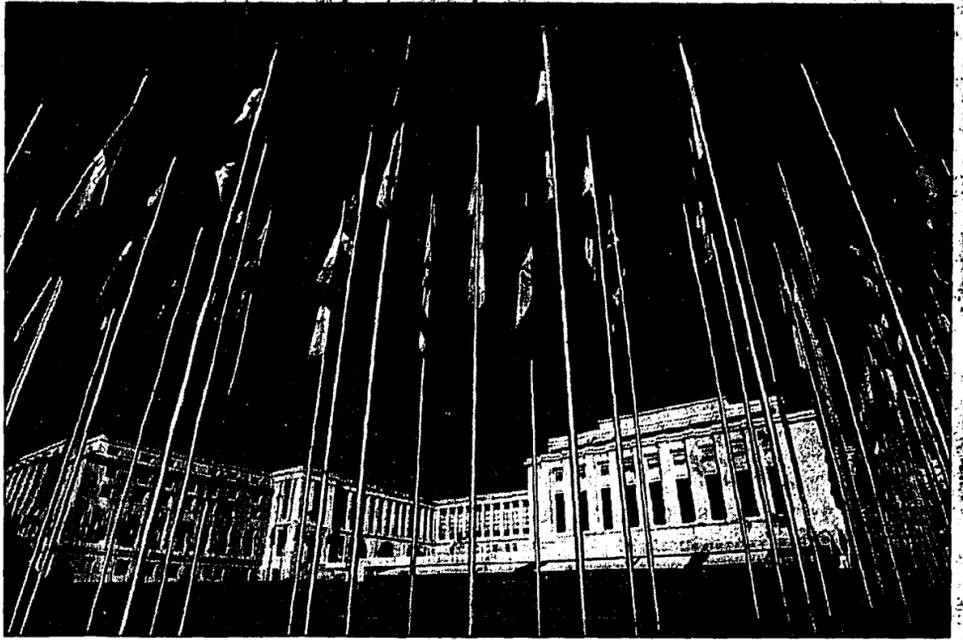
BONN: Die deutschen Christdemokraten (CDU) haben sich als letzte grosse politische Partei aus der früheren Hauptstadt Bonn verabschiedet. Die langjährige CDU-Geschäftsstelle, das Konrad-Adenauer-Haus, wurde am Freitag geräumt.

Simbabwe: Entelgung von 804 Farmen

HARARE: Nach dem knappen Sieg seiner Regierungspartei bei der Parlamentswahl hat der simbabwische Präsident Robert Mugabe angekündigt, die geplante Zwangsübergabe von 804 Farmen weisser Landbesitzer an schwarze Kriegsveteranen ab Montag in die Tat umzusetzen.

Mageres Resultat

GENEVE: Bei der Genfer Folgekonferenz zum Weltsozialgipfel hat sich am Freitag ein mageres Resultat abgezeichnet. In der Schlusserklärung wurden weitgehend die 1995 am Weltsozialgipfel in Kopenhagen gesteckten Ziele bekräftigt.



FPÖ will EU-Volksbefragung in Österreich

Behandlung des Themas im Koalitionsausschuss am Dienstag

WIEN: Trotz des Beschlusses der 14 EU-Partner, Österreich von Experten politisch überprüfen zu lassen, wollen die rechtsgerichteten Freiheitlichen (FPÖ) eine Volksbefragung über die EU durchsetzen. Am Dienstag wird das Thema im Koalitionsausschuss behandelt.

Laut Westenthaler wird an den Formulierungen der Fragen auf parlamentarischer Ebene bereits gearbeitet. Die rechtskonservative Regierung werde schon nächste Woche einen entsprechenden Antrag im Parlament einbringen.

bezeichnete es als «unannehmbar, Österreich von wem auch immer unter Beobachtung stellen zu lassen». Dies hatten am Vortag auch der frühere FPÖ-Vorsitzende und Kärntener Ministerpräsident Jörg Haider sowie die FPÖ-Chefin und stellvertretende Kanzlerin Susanne Riess-Passer abgelehnt.

mit wesentlich positiver als vor fünf Monaten. Zwar enthalte die Erklärung keinen genauen Zeitpunkt für ein Ende der Isolierung durch die 14 EU-Partner. Aber man wisse wenigstens, dass sie begrenzt sei, sagte der SPÖ-Politiker.

Mehr Macht für Putin

Vollmacht zur Entlassung der Gouverneure

MOSKAU: Die Macht der Zentralregierung in Moskau über die russischen Regionen wächst. Das russische Unterhaus erteilte am Freitag Präsident Wladimir Putin die Vollmacht zur Entlassung der Regionalgouverneure nach deren Verurteilung durch ein Gericht.

gen Putins zur Verstärkung der Kontrolle über die Regionen in der Föderation zu. Das neue Gesetz ermöglicht dem Präsidenten die Suspendierung eines Regionalgouverneurs, wenn dieser von der Staatsanwaltschaft «schwerer Vergehen» beschuldigt wird.

Kampf gegen BSE

BSE-Risikoprüfung soll verschärft werden

BRÜSSEL: Die BSE-Risikoprüfung durch die Kommission soll verschärft werden. Die EU-Kommission hat am Freitag beschlossen, die BSE-Risikoprüfung zu verschärfen.

Die Kommission hat am Freitag beschlossen, die BSE-Risikoprüfung zu verschärfen. Die Kommission hat am Freitag beschlossen, die BSE-Risikoprüfung zu verschärfen.

Tschetschenen sollen nach Hause

Russen machen Druck zur Rückkehr der Flüchtlinge

GENEVE: Die russischen Behörden machen Druck auf die rund 170 000 tschetschenischen Flüchtlinge in Inguschetien, damit diese in ihre Heimat zurückkehren. Dies erklärte UNHCR-Sprecher Ron Redmond am Freitag in Genf.

zwei Wochen die Verteilung von warmen Mahlzeiten und Brot an die Flüchtlinge in Inguschetien ein. Redmond zitierte auch Berichte, wonach die Flüchtlinge gezwungen

würden, leerstehende Häuser und Fabrikhallen zu verlassen. Das UNHCR will in Inguschetien eine Zeltstadt für rund 12 000 Flüchtlinge aufstellen.



Die rund 170 000 tschetschenischen Flüchtlinge in Inguschetien sollen nach dem Willen der Russen in ihre Heimat zurückkehren. (Bild: Keystone)

Familienbesuche erlaubt

SEOUL: Vertreter Nord- und Südkoreas haben 55 Jahre nach der Teilung der Halbinsel ein Abkommen über grenzüberschreitende Besuche von Familien und die Rückkehr ehemaliger kommunistischer Gefangener in den Norden unterzeichnet. Mitarbeiter des Roten Kreuzes beider Staaten einigten sich nach amtlichen Angaben darauf, dass zwischen dem 15. und dem 18. August zwei Gruppen mit hundert Menschen aus beiden Teilen Koreas Verwandte in den Hauptstädten des anderen Landes treffen können.